

**Junge Union Bayern  
Landesversammlung 2008  
11./12. Oktober - Gersthofen**



## **Antragsmappe A / I Inhaltliche Anträge**

- A 01      Delegierter Sebastian Schlutz  
              **„Piraterie“**
- A 02      Delegierter Sebastian Schlutz  
              **„Russland“**
- A 03      Junge Union KV Dachau  
              **„Ganztags-Hauptschule“**
- A 04      Delegierte Andrea Rauh, Paul Linsmaier, Kurt Höller  
              **„Kinderbetreuung an bayerischen Hochschulen“**
- A 05      Delegierte Andrea Rauh, Paul Linsmaier, Kurt Höller  
              **„Klassengrößen an Bayerischen Schulen“**
- A 06      Delegierte Andrea Rauh, Paul Linsmaier, Kurt Höller  
              **„Parallele Ausbildung in Unternehmen und Hochschule mittels  
              „hochschule dual““**
- A 07      RCDS in Bayern e.V. und Delegierter Paul Linsmaier  
              **„Öffentliche Rechnungslegung von Studienbeiträgen“**
- A 08      Delegierte Andrea Rauh, Paul Linsmaier, Kurt Höller  
              **„Vorlaufzeit für Einsatzplanung Bayerischer Lehramts-  
              Referendare verlängern“**

- A 09      Junge Union KV Wunsiedel, Delegierter Florian Gossler, RCDS in Bayern e.V.  
**„Zusätzliche Haushaltsmittel für bayerische Universitätsbibliotheken“**
- A 10      Delegierte Andrea Rauh, Kurt Höller, Paul Linsmaier  
**„Für eine starke Vertretung studentischer Interessen – nein zur verfassten Studentenschaft“**

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 01</p> <p><b>Piraterie</b></p>	<p>AK Außen-, Sicherheits- und Europapolitik</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Sebastian Schlutz</b></p> <p><b>Junge Union KV Freyung-Grafenau</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p> <hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Dass sich die JU Bayern für den Einsatz der Bundeswehr und ihrer Bundesmarine gegen Piraterie einsetzt. Sie soll unabhängig prüfen ob hierzu eine Verfassungsänderung erforderlich ist, oder nicht bereits jetzt die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind die internationale Piraterie zu bekämpfen.

**Begründung:**

Die Piraterie nimmt weltweit zu. Zivilisten sind in Gefahr. Neben spektakulären Geiselnahmen und Schiffsraubungen beteiligt sich auch der internationale Terrorismus an diesen Verbrechen. Hier, wo die Bundespolizei natürlich nicht wirken kann, fern der Heimat, muss die Bundesmarine eingreifen, wenn andere Nationen und Organisationen hierzu praktisch und offensichtlich nicht zu in der Lage sind. Der derzeitige Zustand, dass die Bundesmarine nur Nothilfe leisten dürfe und so nicht präventiv tätig werden kann ist unhaltbar.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 02</p> <p><b>Russland</b></p>	<p>AK Außen, Sicherheits- und Europapolitik</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Sebastian Schlutz</b></p> <p><b>Junge Union KV Freyung-Grafenau.</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p> <hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Innerhalb der Union und auf Ebene des Bundes soll sich die JU Bayern für ein angemessenes Verhältnis gegenüber Russland einsetzen.

Russland muss unbedingt die Grenze seines Handelns aufgezeigt werden. Der Kalte Krieg wurde Gott sei Dank überwunden. Legt es Russland aber weiterhin darauf an, imperialistisch gegen seine Nachbarn vorzugehen, sich weiterhin zu bemühen, auch mit dem Mittel des Krieges, seinen Willen aufzuzwingen, ist der Punkt erreicht, bei dem Deutschland angemessene Sanktionen ergreifen muss. Untätigkeit und reine Gespräche verleiten Russland allen Erkenntnissen nach, seine Grenzen weiter auszureizen.

**Begründung:**

Russland hat vor wenigen Wochen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Georgien geführt. Ein Land, dass sich seit 2003 bemüht nach den Idealen der Europäischen Union zu streben, dass sich dem Westen verbunden fühlt. Vor wenigen Jahren wurde die Ukraine in einem Handelskrieg um Gaspreise unter Druck gesetzt. Auch hier gab es die Befürchtung von Gewalt durch Russland. Ebenso wurden baltische Staaten von Russland in den vergangenen Jahren wiederholt unter erheblichen Druck gesetzt. Russland hat die Partnerschaft des Westens immer wieder angeboten bekommen. Europa hat erhebliche finanzielle Schulden kurz vor dem Ölboom dem Land erlassen. Auf der Gegenseite werden

immer wieder radikale Mittel angewandt um freien Völkern Russlands Willen aufzuzwingen.  
Dies darf nicht länger hingenommen werden, da sonst alle demokratischen Erfolge nach  
1990 in Gefahr sind.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 03</p> <p><b>Ganztags-Hauptschule</b></p>	<p>AK Bildung, Forschung und Hochschule</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Dachau</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert beim Ausbau der gebundenen Ganztagsangebote an Hauptschulen verstärkt eine Differenzierung und individuelle Förderung der Schüler einzuführen. Ähnlich wie in den Intensivierungsstunden am Gymnasium sollte auch an den Hauptschulen in der zusätzlich zur Verfügung stehenden Zeit eine gezielte Unterstützung in den Fächern stattfinden in denen der einzelne Schüler Schwächen hat. Darüber hinaus sollten auch auf nicht schulfach-spezifische Defizite eingegangen werden, z.B. zusätzliche Sportstunden für übergewichtige Schüler, Anti-Gewalttraining für Schüler bei denen Gewaltbereitschaft festgestellt wurde, Schuldenberatung für Schüler mit Geldproblemen oder Drogenpräventionsmaßnahmen für Schüler die dahingehend besonders gefährdet sind usw. Die Festlegung des individuellen Stundenplans sollte in enger Absprache zwischen Schülern, Lehrern und Eltern erfolgen.

**Begründung:**

So unterschiedlich wie die Persönlichkeiten von Schüler sind, so unterschiedlich sind auch ihre Stärken und Schwächen. Um jeden Schüler optimale Chancen für den Berufseinstieg zu ermöglichen, sollte jeder Schüler individuell in seinen Stärken gefordert und in seinen Schwächen gefördert werden.

Den Antragssteller ist bewusst, dass eine solche individuelle Förderung einen hohen Personal- und somit Finanzbedarf mit sich bringt. Dieser Finanzbedarf ist jedoch erforderlich, wenn die Qualität der Ausbildung, inklusive der Bildung von Herz und Charakter, an der Hauptschule weiter gesteigert werden soll.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 04</p> <p><b>Kinderbetreuung an bayerischen Hochschulen</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS)</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU Bayern spricht sich für folgendes Finanzierungskonzept für zusätzliche Betreuungskapazitäten an den Hochschulen aus:

1. Der Freistaat stellt aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums die kompletten Erstausstattungsleistungen und ist auch weiterhin für den Erhalt der Gebäude und der Gruppenräume verantwortlich.
2. Die Hochschulen dürfen 1 Prozent des Studienbeitragsaufkommens für die Personalkosten verwenden. Dies ist an folgende Bedingungen geknüpft: Erstens sind Studentinnen und Studenten, die diese Betreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen, durch eine begrenzte Gebühr an den Betreuungskosten unmittelbar zu beteiligen. Ferner dürfen Zusatzkosten, beispielsweise Personalkosten im Rahmen der Raumpflege etc., nicht aus Studienbeitragsmitteln getragen werden.
3. Außerdem ist es aus Sicht der JU elementar, dass mit den Mitteln aus Studienbeiträgen keine jetzt schon bestehenden Gruppen finanziert werden dürfen. Die Kosten für bestehende Einrichtungen müssen auch in der Zukunft von den Kommunen und dem Freistaat Bayern getragen werden, und dürfen nicht auf die Studentinnen und Studenten abgewälzt werden.

## **Begründung:**

„Kinder sind der Schlüssel zur Zukunft“. Aus Sicht der JU Bayern erfordert es an den Hochschulen erhöhte Anstrengungen, um diese Aussage mit Leben zu erfüllen. Daher fordert die JU, die Kinderbetreuung an den bayerischen Hochschulen nachhaltig und bedarfsgerecht auszubauen. In Zukunft soll es nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch für die Studentinnen und Studenten eine bedarfsgerechte Betreuung vor allem für unter drei-jährige Kinder geben. Die JU unterstreicht in diesem Zusammenhang die Verantwortung des Freistaates Bayern und der Bayerischen Kommunen, möglichst viele „ordentliche“ Kinderbetreuungsgruppen vor allem für unter dreijährige einzurichten. Sofern ein ausreichender Bedarf für eine eigene Einrichtung besteht, ist entsprechend des Beschlusses des Bayerischen Landtags vom 12.03.2008 zu berücksichtigen, dass dort neben verstärkter Familienfreundlichkeit durch unmittelbare Nähe auch flexibler auf die besonderen zeitlichen Erfordernisse der Studierenden an den Hochschulen eingegangen werden kann.

Sofern die staatlichen Maßnahmen zur Umsetzung einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Kinderbetreuung im Einzelfall nicht ausreichen, soll es zukünftig in sehr eingeschränktem Maße möglich sein, Studentinnen und Studenten über ihre Studienbeiträge an den Personalkosten für die Betreuungsgruppen zu beteiligen. Dabei unterstreicht die JU, dass eine gute Kinderbetreuung auch eine Verbesserung der Lernsituation darstellt, da es Studentinnen und Studenten mit Kindern ermöglicht wird, ihr Studium in geregelter Weise fortzusetzen. Untragbar wäre es dagegen, wenn junge Eltern aufgrund fehlender Betreuungskapazitäten gezwungen wären, ihr Studium abzubrechen.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 05</p> <p><b>Klassengrößen an Bayerischen Schulen</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS)</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU fordert die Bayerische Staatsregierung auf, „Klassenteilungszahlen“ an die Vorgabe der Klassengrößen anzupassen. Mittelfristig ist dabei eine Reduzierung der Klassenstärken auf maximal 29, langfristig auf maximal 25 unabdingbar.

**Begründung:**

Nachweislich trägt ein niedrigeres Schüler-Lehrer-Verhältnis zu besserem Lernerfolg bei. Dabei nimmt ab einer Stärke von über 25 Schülern mit jedem weiteren Schüler der Erfolg des Unterrichts spürbar ab. Ein wichtiger Aspekt guter Bildungspolitik muss also eine ausreichende Anzahl verfügbarer Lehrerstellen sein. Dabei ist die Zeit einzuplanen, die notwendig ist, genügend ausreichend qualifizierte Lehrkräfte jeweils nach Abschluss ihres Staatsexamens einzustellen. Eine deutliche Verbesserung an Gymnasien erwarten wir uns zudem zum Ende des letzten G9-Jahrgangs in 2011, wo mit dem Wechsel der Schuljahre eine gesamte Jahrgangsstufe weniger zu betreuen ist.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 06</p> <p><b>Parallele Ausbildung in Unternehmen und Hochschule mittels „hochschule dual“</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS)</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU fordert eine konsequente Weiterentwicklung des Projekts „hochschule dual“, das in hervorragender Weise eine parallele Ausbildung in Unternehmen und Hochschule ermöglicht und sich nahtlos in das ausgezeichnete Profil bayerischer Fachhochschulen einfügt. Es ist damit dem Modell der Berufsakademien anderer Bundesländer, die ein ähnliches Ziel verfolgen, deutlich überlegen.

Besonders die Einrichtung entsprechender dualer Studiengänge auch an den Universitäten ist voranzutreiben und in die jeweiligen Zielvereinbarungen aufzunehmen.

**Begründung:**

Eine veränderte Arbeitswelt, ein wachsender internationaler Wettbewerb und ein voranschreitender technischer Fortschritt setzen neue Anforderungen an die Ausbildung junger Menschen. Sowohl ein fundiertes theoretisches Grundlagenwissen, als auch ein frühzeitiger Erwerb von berufs- und unternehmensspezifischen Kenntnissen sind für Arbeitgeber und Absolventen gleichermaßen von großer und wachsender Bedeutung.

Mit der Errichtung von Berufsakademien als zusätzliche Bildungseinrichtungen neben den klassischen Hochschulen, reagierte Baden-Württemberg 1974 als erstes Bundesland auf diese Entwicklung. Weitere Bundesländer folgten dem Beispiel, so dass heute Berufsakademien in Baden-Württemberg, Sachsen, Berlin und Thüringen in staatlicher Trägerschaft und in Hessen, Niedersachsen, Hamburg, Saarland und Schleswig-Holstein unter privater Organisation existieren.

Das Studium an einer Berufsakademie dauert 3 Jahre, wobei sich Theorie und Praxis ständig abwechseln. Das heißt, auf eine mehrwöchige Unterrichtsphase in der Berufsakademie folgt ein mehrwöchiger Ausbildungsblock im Unternehmen, der Bildungsstätte des Praxispartners. Die enge Verbindung der beiden Studienorte gewährleistet einen wissenschaftlichen Ausbildungsgrad in Verbindung mit fachlichen und sozialen Erfahrungen innerhalb des Betriebes. Die Studierenden erhalten frühzeitig Kontakt zur realen Arbeitswelt und erwerben schon mit Studienbeginn soziale Kompetenz und praktisches Wissen, wie es im späteren Berufsleben benötigt wird. Durch die Ausbildungsvergütung des Praxispartners ist ferner eine finanzielle Absicherung gegeben.

In ihrem Beschluss vom 28. September 1995 hat die Kultusministerkonferenz festgestellt, dass die Abschlüsse der Berufsakademien nach dem Modell der Berufsakademien in Baden-Württemberg Abschlüsse im tertiären Bereich sind, die unter die Richtlinie des Europäischen Rates über die Allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome vom 21. Dezember 1988 (89/48/EWG) fallen.

Berufsakademien vom Typ Baden-Württemberg, die in Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen und Thüringen Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs neben den Hochschulen darstellen, sind dadurch geprägt, dass

1. die Ausbildung wesentlich von staatlichen Studienakademien getragen wird;
2. die gleichen Zugangsvoraussetzungen wie im Hochschulbereich gelten;
3. ein hoher Anteil der Lehre (40%) von hauptberuflichen Lehrkräften erbracht wird, die die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren erfüllen;
4. sie über mehrere Studien- bzw. Ausbildungsbereiche verfügen;
5. theoretische und praktische Ausbildungsphasen etwa gleich gewichtet sind.

Mit Beschluss vom 15. Oktober 2004 entschied die Kultusministerkonferenz, die Abschlüsse von akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien hochschulrechtlich den Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichzustellen. Das bedeutet, Absolventen und

Absolventinnen einer akkreditierten Bachelorausbildung an einer Berufsakademie können einen Master-Studiengang oder ein anderes weiterführendes Studienangebot an Fachhochschulen und Universitäten beginnen oder unter bestimmten Voraussetzungen zur Promotion zugelassen werden.

Mit dem Ziel einer Weiterentwicklung des Studienangebotes unter Berücksichtigung einer Vertiefung des Transfers von Wissen zwischen Hochschulen und Unternehmen sowie der Aufrechterhaltung des Qualitätsstandards an bayerischen Fachhochschulen, wurde durch Kabinettsbeschluss vom 6. Dezember 2005 mit dem Auf- und Ausbau dualer Studiengänge an den bayerischen Fachschulen begonnen, um die Forderung der Wirtschaft nach Studienmöglichkeiten mit zusätzlichen Praxisteilen zu erfüllen und Absolventen zielgerichtet auf die Berufswelt vorzubereiten.

Das duale Studium an einer bayerischen Fachhochschule ermöglicht je nach Studienvariante entweder ein Hochschulstudium mit einer gleichzeitigen, regulären Berufsausbildung (Verbundstudium), oder eine Kombination der umfassenden Theorie an der Hochschule mit intensiven Praxisphasen in Unternehmen (Studium mit vertiefter Praxis).

In beiden Fällen erhalten Absolventen eine praxisnahe, akademisch hochrangige Ausbildung und können ihr neu erworbenes Wissen im Unternehmen während Praxissemestern gezielt umsetzen. Bereits nach 3,5 bis 4,5 Jahren können zwei wichtige Ziele zugleich erreicht werden, ein anerkannter akademischer Abschluss (Bachelor oder Diplom) und weitreichende Berufserfahrung (ggf. mit regulärem Berufsabschluss).

An „hochschule dual“, das als umfassenden Projekt der Hochschule Bayern e.V. im Juni 2006 mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gestartet wurde, nehmen 17 Fachschulen aus allen Regierungsbezirken teil: Die Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg, sowie die Fachhochschulen in Amberg-Weiden, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Coburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt, Kempten, Landshut, München, Neu-Ulm, Regensburg, Rosenheim, Weihenstephan, und Würzburg-Schweinfurt.

Durch die enge organisatorische und inhaltliche Abstimmung zwischen theoretischer Ausbildung an der Fachhochschule und der Praxiserfahrung im Unternehmen sowie durch die finanzielle Absicherung der Studentinnen und Studenten im Rahmen der Ausbildungsvergütung, werden durch die dualen Studiengänge an den Fachhochschulen in Bayern die gleichen Ziele erreicht, die auch Berufsakademien verfolgen. Zusätzlich garantieren die

dualen FH-Studiengänge das hohe und in der Praxis anerkannte Qualifikationsprofil bayerischer Hochschulen und erbringen für die Absolventen somit einen Mehrwert.

Unter den Universitäten wird diese kombinierte Studienform bislang nur an der Universität Erlangen-Nürnberg erfolgreich durchgeführt.

Das Konzept von „hochschule dual“ hat sich bewährt und stößt bei Unternehmen wie Studentinnen und Studenten auf wachsende Akzeptanz und Zustimmung. Mehr als 50% aller bayerischen Unternehmen bekunden ein Interesse, Ausbildungsplätze für das duale Studium zur Verfügung zu stellen. Auch die steigende Zahl der Studentinnen und Studenten in dualen Studiengängen unterstreicht die richtige Ausrichtung von „hochschule dual“.

Die JU ermutigt die bayerische Wirtschaft und die Hochschulen, sich als Bildungspartner zu verstehen und fordert, das Angebot an Verbundstudiengängen systematisch und bedarfsgerecht auszubauen, um die positiven Effekte der Ausbildung an einer Berufsakademie mit einem qualitativ hochwertigen Studium auf Fachhochschulniveau zu verbinden.

Durch die große und wachsende Zahl der dualen Studiengänge an bayerischen Fachhochschulen wird das Fundament für nachhaltige wirtschaftliche Dynamik gelegt. In den angebotenen Studiengänge Wirtschaftsingenieurwesen, Mechatronik, Bauingenieurwesen, Versicherungswirtschaft, Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik, Elektro- und Informationstechnologie, Fahrzeugbau, Maschinenbau und Microsystemtechnik erwerben Studentinnen und Studenten ein hochwertiges, anwendungsbezogenes wie auch wissenschaftliches Qualifikationsprofil.

Die Fachhochschulen haben die Aufgabe, eine Plattform für den unternehmensinternen Wissenstransfer bereitzustellen (Räumlichkeiten, technische Ausstattung etc.), um der Entstehung von privaten Bildungszentren vorzubeugen. Dabei gilt es festzuhalten, dass die Freiheit von Forschung und Lehre von diesen Maßnahmen keinesfalls beeinträchtigt werden darf.

Die dualen Studiengänge im Rahmen der Fachhochschulen müssen bewahrt werden. Das bayerische Konzept von „hochschule dual“ verbindet die Vorteile der Berufsakademien und der wissenschaftlichen Ausbildung der Hochschulen. Nach Abwägung der oben dargestellten Konzepte scheint es in Bayern wenig sinnvoll, aus dem Bildungsetat Mittel für den Aufbau von Berufsakademien zur Verfügung zu stellen, da diese keine sinnvolle und notwendige Ergänzung der bereits bestehenden bayerischen Bildungslandschaft darstellen.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern 2008 der Jungen Union Bayern in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. 07  <b>Öffentliche Rechnungslegung von Studienbeiträgen</b>	<hr/> <input checked="" type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER: <b>RCDS Bayern und Delegierter Paul Linsmaier</b>	Antragstext geändert

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Der RCDS Bayern und die Junge Union Bayern fordern die bayerischen Hochschulen zu einer transparenten und aussagekräftigen, öffentlichen Rechnungslegung bezüglich der Höhe und Verwendung der Studienbeiträge auf. Im Anschluss daran soll eine unabhängige Rechnungsprüfung erfolgen. Klarheit bei der Mittelverwendung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Profilbildung der Fachhochschulen und Universitäten und entscheidend für die Akzeptanz der Studienbeiträge unter den Studentinnen und Studenten.

**Begründung:**

In Art.71 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes wird die Verpflichtung der Hochschulen zur Rechnungslegung festgeschrieben: „Über die Höhe und Verwendung der Einnahmen haben die Hochschulen jährlich gesondert Rechnung zu legen.“ Aus Sicht des RCDS Bayern und der Jungen Union Bayern ist eine transparente und lückenlose Aufschlüsselung der Mittelverwendung eine wesentliche Aufgabe, die an einigen Hochschulen noch stärker wahrgenommen werden muss.

Der RCDS Bayern und die Junge Union Bayern haben die Einführung von Studienbeiträgen an den bayerischen Fachhochschulen und Universitäten kritisch begleitet und dabei die grundsätzliche Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Beiträge bejaht. Dabei wurde die

Zustimmung zur Erhebung von Studienbeiträgen stets von der im Hochschulgesetz verankerten, angemessenen Beteiligung der Studentinnen und Studenten hinsichtlich der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen abhängig gemacht. Eine solche Mitwirkung der Studentinnen und Studenten, sowie ihrer gewählten Vertreter, setzt eine transparente Informationspolitik der Hochschulen voraus. Dazu ist eine jährliche Rechnungslegung zur Höhe und Verwendung der Studienbeiträge an den einzelnen Hochschulen unbedingt erforderlich. Neben den kurz gefassten, allgemeinen Informationen zur Einnahmehöhe und Mittelverwendung, die den Studentinnen und Studenten an den meisten Hochschulen zu Semesterende zur Verfügung gestellt werden, ist eine jährliche, detaillierte Aufschlüsselung anzufertigen und öffentlich, beispielsweise online, verfügbar zu machen. Diese Aufschlüsselung muss detailliert Posten und Projekte offen legen, für welche Studienbeiträge im Einzelnen verwendet wurden. Nur so kann die gesetzlich geforderte Verbesserung der Studienbedingungen tatsächlich dokumentiert werden, und eine fundierte Evaluation der bisherigen Mittelverwendung erfolgen. Dies ist für die Akzeptanz der Erhebung von Studienbeiträgen unter den Studentinnen und Studenten in Bayern von entscheidender Bedeutung.

Transparenz bei der Verwendung der Studienbeiträge erfolgt nicht nur im Interesse der Studentinnen und Studenten. Auch die Hochschulen können von einer detaillierten öffentlichen Rechnungslegung profitieren. Sowohl hinsichtlich der Anwerbung von Drittmitteln als auch der langfristigen Entwicklungspläne der Hochschulen eröffnet sie die Möglichkeit einer eindeutigen Profilbildung und Positionierung. Gute Hochschulen, die im nationalen wie internationalen Wettbewerb bestehen wollen, müssen sich auch dadurch auszeichnen, dass sie die Beiträge ihrer Studentinnen und Studenten sinnvoll und zielgerichtet einsetzen und dabei eine öffentliche Darlegung der Mittelverwendung nicht scheuen.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 08</p> <p><b>Vorlaufzeit für Einsatzplanung Bayerischer Lehramts-Referendare verlängern</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS)</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU Bayern fordert die Bayerische Staatsregierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Referendare spätestens 6 Wochen vor Beginn des Schuljahres über ihren Einsatzort zu informieren.

**Begründung:**

Es ist gegenwärtig Praxis des Kultusministeriums, alle Referendare gleichzeitig und damit erst sehr kurzfristig, teilweise weniger als zwei Wochen, vor Beginn des Schuljahres über ihre zukünftigen Einsatzorte zu informieren. Dies führt zu beträchtlichen Schwierigkeiten bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum und begleitenden organisatorischen Tätigkeiten. Dies ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt zu kritisieren, dass dem Kultusministerium großteils die Einsatzorte schon deutlich früher bekannt sind. Die Fürsorgepflicht des Kultusministeriums gegenüber seinen jungen Mitarbeiter sollte – wo möglich – eine frühzeitige Benachrichtigung selbstverständlich machen und nur in möglichst seltenen und dann auch gut begründeten Ausnahmefällen die derzeit übliche durchschnittliche Vorlaufzeit betragen.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern 2008 der Jungen Union Bayern in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an  <hr/> <input type="checkbox"/> Änderung:  <hr/>
ANTRAG NR. A 09  <b>Zusätzliche Haushaltsmittel für bayerische Universitätsbibliotheken</b>	
ANTRAGSTELLER:  <b>Junge Union KV Wunsiedel, Delegierter Florian Gossler, RCDS Bayern</b>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Der RCDS Bayern und die Junge Union Bayern fordern die Bayerische Staatsregierung auf, auf eine deutliche Aufstockung der Bibliotheksmittel im nächsten Doppelhaushalt bzw. nächsten Nachtragshaushalt hinzuwirken. Die wissenschaftlichen Bibliotheken brauchen für die sachgerechte Wahrnehmung ihrer gewachsenen und weiter wachsenden Aufgaben zusätzliche staatliche Mittel. Studienbeiträge dürfen nur ergänzend hierzu für weitere Serviceverbesserung eingesetzt werden, nicht aber die staatliche Grundfinanzierung schmälern.<sup>1</sup>

**Begründung:**

Die Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken sind stark gestiegen. Zur Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit und zu ihrem weiteren Ausbau zu innovativen Informationszentren muss die Ressourcenausstattung mit den gewachsenen Leistungsanforderungen Schritt halten. Hier ist vor allem der Staat als Haushaltsgesetzgeber gefordert. Studienbeiträge können ihrer Zweckbestimmung nach ergänzend nur dort eingesetzt werden, wo Leistungsverbesserungen unmittelbar den Studierenden zugute kommen.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: Schreiben von Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel an Sozialstaatssekretärin Melanie Huml vom 16. Juli 2008.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 10</p> <p><b>Für eine starke Vertretung studentischer Interessen - nein zur verfassten Studentenschaft.</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS)</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Verfasste Studierendenschaft ist nach Ansicht der JU Bayern das falsche Mittel, um Studenten mehr Mitbestimmung an der Hochschule zu garantieren. Die Bayerische Staatsregierung wird daher aufgefordert, entsprechende Ansätze über den Weg der Experimentierklausel nicht zu genehmigen.

**Begründung:**

**Verfasste Studentenschaft: ein linkes Dauerthema**

In allen deutschen Bundesländern bis auf Bayern und Baden-Württemberg ist die Verfasste Studierendenschaft Teil der Hochschulorganisation. In diesem Modell werden alle Studenten einer Hochschule zur Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen (Teil-) Körperschaft zwangsverpflichtet. Die öffentlich-rechtliche Körperschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Studentenschaft Satzungs- und Finanzautonomie besitzt. Dadurch kann sich die studentische Vertretung selber eine Satzung mit entsprechender

Regelung geben, verpflichtende Mitgliedsbeiträge erheben und ihren Haushalt selber kontrollieren.

Nicht nur aber doch zu allermeist linksgerichtete Studentenvertreter fordern die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern, die hier 1973 und in Baden-Württemberg 1977 abgeschafft wurde. Die rot-grüne Bundesregierung hat versucht, sie im Hochschulrahmengesetz zu verankern, scheiterte aber am Bundesverfassungsgericht. Die SPD Bayern tritt laut ihrem Wahlkampfprogramm für die Einführung der Verfassten Studentenschaft ein „mit Satzungs- und Finanzhoheit und mit politischem Mandat“. Für die politische Linke ist die Ausweitung der Verfassten Studierendenschaft nach eigenen Angaben wichtig, um mehr „Demokratie“ an die Hochschulen zu etablieren.

Die Verfassten Studierendenschaften in der Bundesrepublik wurden im Zuge der „Re-Education“-Kampagne der westlichen Siegermächte als „Schulen der Demokratie“ nach der Zerschlagung durch die Nationalsozialisten wieder eingeführt. Durch die Verwaltung der eigenen studentischen Angelegenheiten, größtenteils sozialer Natur, sollten Studenten an die neue Demokratie herangeführt werden. Als die studentischen Vertretungen in den späten 60er Jahren von linksextremen Gruppierungen wie dem SDS übernommen wurden, die die Studentenvertretung als Ressource für Agitation gegen die demokratische Grundordnung benutzten, wurde in Bayern und Baden-Württemberg die studentische Vertretung neu geregelt und die Verfasste Studierendenschaft abgeschafft.

### **Nein zum Missbrauch von studentischen Geldern**

Die Finanzautonomie der Verfassten Studierendenschaft bildet ein weiteres beachtliches Problem: Faktisch ohne Kontrollaufsicht haben viele Vertretungen die Gelder von Studenten für ihre politischen Zwecke missbraucht, falsch verwaltet oder für sinnlose Projekte ausgegeben. Wiederholt auftretende Skandale des Missbrauchs oder der Geldverschwendung an norddeutschen Hochschulen zeugen davon. Gut gemeinte Aufwandsentschädigungen für Mitarbeiter der studentischen Selbstverwaltung verleiten in der Praxis ebenfalls zu Missbrauch und zu „Ewig-Studenten“, die auf Kosten ihrer Kommilitonen ihren Lebensunterhalt finanzieren. Auch wenn die ehrenamtliche Tätigkeit der Studentenvertreter in Bayern und Baden-Württemberg mehr gewürdigt werden muss, ist die Verfasste Studierendenschaft dafür der falsche Weg.

### **Nein zu einem falschen Studenten- und Hochschulbild**

Der tiefliegende Grund für das Scheitern der Verfassten Studierendenschaft basiert auf einem falschen Verständnis von Hochschule und Studenten. Die Pflichtmitgliedschaft (ein formelles Austrittsrecht gibt es nur in Sachsen-Anhalt) lässt Studenten keine Wahl wie eng er mit seiner Vertretung assoziiert werden will. Die Höhe der Wahlbeteiligung ist (außer in Hessen, wo der Zugang zu Finanzmitteln von der Wahlbeteiligung abhängt) unerheblich insoweit die Vertretung „Verfasste Studierendenschaft“ stets für „alle“ Studenten einer Hochschule spricht. Natürlich müssen demokratische Werte gelebt werden, doch dafür ist die Verfasste Studierendenschaft der falsche Weg. Engagement lässt sich nicht durch Strukturen erzwingen. Im Gegensatz zu linker Politik, wo man durch höheren Partizipationszwang verstärkte Partizipation zu erreichen glaubt, steht für die JU fest, dass Engagement auf Freiwilligkeit basieren muss.

Die Idee, alle Studenten in einer Körperschaft zusammenzufassen, die mit einer Stimme ihre Interessen artikulieren soll, entspricht nicht der Realität. Studentische Interessen werden immer unterschiedlich sein – gerade in Zeiten immer stärker spezialisierter Studiengänge und Lebensläufe. Tatsächlich kümmern sich die meisten Studenten vor allem um ihr Studium, in dem Hochschulpolitik nur eine kleine Rolle spielt. Eine wirkliche Vertretung studentischer Interessen kann daher nur durch Funktionsteilung zwischen wählenden Studenten, unpolitischen Fachschaften und hochschulweiten politischen Studentenparlamenten mit Beschränkung auf hochschulrelevante Themen sowie durch Finanzkontrollen einer professionell aufgestellten Hochschulleitung garantiert werden.

**Junge Union Bayern  
Landesversammlung 2008  
11./12. Oktober - Gersthofen**



## **Antragsmappe A / II**

### **Inhaltliche Anträge**

- A 11      Junge Union BV Nürnberg/Fürth/Schwabach  
          **„Beibehaltung der Spekulationsfrist bei der Abgeltungssteuer“**
- A 12      Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding  
          **„Erhalt der Eigenständigkeit der BayernLB“**
- A 13      Delegierter Mike Hammermayer  
          **„Bundestagsdiäten“**
- A 14      Junge Union KV Dachau  
          **„Steuerreform“**
- A 15      Delegierter Florian Oßner, Junge Union KV Landshut-Land  
          **„Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr“**
- A 16      Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding  
          **„Abschaffung Kinderfreibetrag“**
- A 17      Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding  
          **„Rücknahme der Aussetzung des Riester-Faktors“**
- A 18      Junge Union KV Erlangen-Höchstadt  
          **„Weitere Senkung der Sozialausgaben“**
- A 19      Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm  
          **„Verdienst von Krankenkassenvorständen“**

- A 20 Delegierter Christian Moser, Junge Union BV Niederbayern  
**„Leistungsübersicht gesetzlich Krankenversicherter“**
- A 21 Junge Union KV Erlangen-Höchstadt  
**„Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit“**
- A 22 Junge Union KV Dachau  
**„Rauchverbot“**

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 11</p> <p><b>Beibehaltung der Spekulationsfrist bei der Abgeltungssteuer</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union BV Nürnberg/Fürth/Schwabach</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU setzt sich im Rahmen der Abgeltungssteuer für die Beibehaltung bzw. die Einführung einer Spekulationsfrist bei langfristigen Anlagen in Aktien, Aktienfonds und Zertifikaten ein.

**Begründung:**

Im Rahmen der Abgeltungssteuer sollen Einkünfte aus Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden) und Gewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften künftig mit einem Steuertarif von 25 Prozent zzgl. Kirchensteuer besteuert werden. Derzeit sind Steuern bei privaten Veräußerungsgeschäften, früher auch Spekulationsgewinne genannt, beim Verkauf von Aktien nur zu entrichten, wenn die Spekulationsfrist von einem Jahr unterschritten wird. Ist der Zeitraum zwischen Kauf und Verkauf länger als ein Jahr, sind die Gewinne steuerfrei. Künftig soll die Spekulationsfrist entfallen und somit auch Gewinne von langjährigen Aktieninvestments besteuert werden.

Gerade in diesem Punkt ist aus Sicht der jüngeren Generation dringender Nachbesserungsbedarf am Referentenentwurf vorhanden: Zunehmend wurden bislang Aktien und Aktienfonds zur Altersvorsorge empfohlen und eingesetzt. Wenn zum Beispiel im Jahr 2009 ein 30jähriger für seine Altersversorgung Aktien erwirbt, müsste er die gesamten

Gewinne bei einem Verkauf im Jahr 2039 versteuern. Die Rendite dieser Vorsorgeform würde nachhaltig geschmälert.

Gewinne aus langjährigen Investitionen in Aktien, Aktienfonds oder Zertifikaten müssen, ebenso wie beispielsweise Immobilien, weiterhin steuerfrei bleiben. Dies könnte durch eine beispielsweise 10jährige Spekulationsfrist geschehen.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 12</p> <p><b>Erhalt der Eigenständigkeit der BayernLB</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert den Erhalt der Eigenständigkeit der Bayerischen Landesbank und eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben als Sparkassen-Zentralinstitut, Kommunalbank und Finanzdienstleister der regionalen Bevölkerung und des Mittelstandes.

**Begründung:**

Die Bayern LB ist und bleibt eine starke Bank in der deutschen Bankenlandschaft. Die von der Staatsregierung in Auftrag gegebene Untersuchung des Bankhauses Rothschild hat der Bayern LB auch als unabhängiges Institut ein tragfähiges Geschäftsmodell bescheinigt. Eine Fusion – wohlmöglich noch als „Juniorpartner“ – mit einer anderen Landesbank hätte nicht nur einen enormen Einflussverlust des Bayerischen Staates, sondern (nach dem unrühmlichen Ende der Eigenständigkeit der HypoVereinsbank) auch eine weitere Schwächung des Banken- und Finanzstandortes München zur Folge.

Die Immobilienkrise hat aber deutlich gemacht, dass Änderungen notwendig sind und ein Blick bspw. auf die österreichische Raiffeisenzentralbank, die von der Finanzkrise kaum betroffen war, zeigt einen gangbaren Weg: Die Konzentration auf die regionalen

Kernaufgaben mit begrenzten Aktivitäten im umliegenden Ausland zur Unterstützung der Kernaufgaben.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 13</p> <p><b>Bundestagsdiäten</b></p>	<p>Landesausschuss</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Mike Hammermayer</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert die Bundestagsabgeordneten auf, die Erhöhungen Ihrer Diäten an den Tarifabschlüssen der 8 DGB Gewerkschaften dauerhaft zu koppeln. Der Durchschnittswert der Tarifabschlüsse soll anhand eines bestimmten Schlüssels (nach Zahl der betreffenden Arbeitnehmer) ermittelt werden und dann jedes Jahr automatisch als Erhöhung der Diäten unserer Bundestagsabgeordneten dienen.

**Begründung:**

Die Bundestagsabgeordneten sind Volksvertreter, d.h. wenn es dem Volk gut geht, soll es auch ihnen gut gehen und natürlich auch umgekehrt. Deshalb ist es nicht mehr zumutbar, dass sich unsere Abgeordneten wie in einem Selbstbedienungsladen aus der Staatskasse bedienen. Kein Arbeitnehmer kann seine Gehaltserhöhungen selbst festlegen, das sollten auch die Abgeordneten, welche Angestellte des Volkes sind, nicht können. Deshalb ist es nur legitim, wenn die Bevölkerung hier klare Verhältnisse fordert!

Eine Kupplung an die Tarifabschlüsse wäre meiner Meinung nach die sauberste Lösung für alle Beteiligten. Somit wären ungerechtfertigte Erhöhungen tabu und die Politik könnte sich

wieder Sachfragen zuwenden und müsste sich nicht mit ständigen Diskussionen und Wahlkämpfen über Diätenerhöhungen aufhalten.

Natürlich sollen unsere Abgeordneten gut verdienen, aber das tun sie bereits und hier wird sich auch mit diesem Vorschlag nichts ändern.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 14</p> <p><b>Steuerreform</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Dachau</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Der Parteivorstand der CSU wird aufgefordert, das Steuerreformkonzept „Mehr Netto für alle“ um eine Steuervereinfachungskomponente zu ergänzen. Hierbei sollen im größeren Umfang Steuersubventionen und -ausnahmen gestrichen werden und die daraus resultierenden Mehreinnahmen durch eine weitere Senkung der nominalen Steuersätze an die Bürger zurückgegeben werden.

**Begründung:**

Deutschland hat nach wie vor das komplizierteste Einkommenssteuerrecht weltweit. Die Anfertigung der Steuererklärung kostet die Steuerzahler jedes Jahr viele Stunden Zeit und wirklich sicher sein, dass alle Absetzungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden kann nur wer seine Erklärung vom Steuerberater anfertigen lässt. Dies ist ungerecht, da sich nicht jeder den Steuerberater leisten kann.

Deshalb sind Steuerentlastung und Steuersenkung zwei gleichbedeutende Ziele einer bürgernahen Steuerpolitik, die nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Dies sollte die CSU, als bürgernahe und innovative Partei, in Ihrem Steuerreformkonzept berücksichtigen.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input checked="" type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. A 15  <b>Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr</b>	<hr/> <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Delegierter            Florian Oßner</b>  <b>Junge Union KV Landshut-Land.</b>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern übt verstärkt Druck aus auf die Bayerische Staatsregierung für ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr vor der Einschulung (pauschale Kostenübernahme für die Kommunen).

**Begründung:**

Wir wollen den jungen Menschen in Bayern die besten Chancen für ein erfülltes und verantwortliches Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft ermöglichen. Frühkindliche Bildung ist dafür die unverzichtbare Grundlage.

Immer noch hängt der Bildungserfolg eines Kindes in kaum einem anderen europäischen Land so stark von der sozialen Herkunft der Eltern ab, wie in Deutschland. Um diesen Zusammenhang aufzubrechen, muss Bildung früh und flächendeckend ansetzen und im adäquaten Kostenrahmen bleiben.

Das Bundesland Niedersachsen geht seit August 2007 mit gutem Beispiel voran: Um die Elternbeitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahrs zu gewährleisten, zahlt das Land für eine Halbtagsbetreuung in Vormittagsgruppen oder in Nachmittagsgruppen 120 Euro

monatlich für jedes Kind - für eine Ganztagsbetreuung von mindestens je acht Stunden an fünf Tagen in der Woche 160 Euro monatlich. Nur für den Fall, dass bei einer Ganztagsbetreuung die Pauschale nicht ausreicht, können die Einrichtungen noch den Differenzbetrag als Elternbeitrag erheben.

Diese Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahrs vor der Einschulung in Bayern wäre ein erster wichtiger Schritt zur finanziellen Entlastung der Eltern sowie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Anreiz zur Wahrnehmung dieses so wichtigen Bildungsangebots für alle Kinder.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 16</p> <p><b>Abschaffung „Kinderfreibetrag“</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern spricht sich für die Abschaffung des steuerlichen Freibetrags zur Sicherung des sächlichen Existenzminimums eines Kindes (Kinderfreibetrag) sowie des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf zugunsten eines einkommensunabhängigen, einheitlichen monatlichen Kindergeldes aus.

Begründung:

Die aktuelle gesetzliche Regelung berücksichtigt bei der Einkommensteuerveranlagung die steuerlichen Kinderfreibeträge anstatt des Kindergelds, wenn das Familieneinkommen entsprechend hoch ist. Dies führt dazu, dass Kindern aus einkommensstarken Familien über die Steuerersparnis aus dem Kinderfreibetrag ein höheres Existenzminimum zugestanden wird als dies für Kinder aus einkommensschwachen Familien der Fall ist.

So beträgt die Steuerersparnis einer Familie im Spitzensteuersatz durch die Freibeträge 2.613,60 €, gegenüber nur 1.848 € Kindergeld. Ab einem zu versteuerndem Einkommen in Höhe von ca. 62.900 € werden Familien durch den Kinderfreibetrag gegenüber dem Kindergeld bevorzugt.

Es gibt keine sachliche Begründung dafür, dem Kind einer einkommensstärkeren Familie ein höheres materielles Grundbedürfnis zuzugestehen als dem Kind aus schwächeren Einkommensverhältnissen.

Der einfachste Weg diese Benachteiligung zu beenden ist, den Grundbedarf für ein Kind durch ein von der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Eltern abgekoppeltes einheitliches Kindergeld zu sichern. Um den Familien nicht in ihrer Gesamtheit dadurch weniger Förderung zu gewähren, müsste das Kindergeld dann im Vergleich zum heutigen Stand zusätzlich angehoben werden.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 17</p> <p><b>Rücknahme der Aussetzung des Riester-Faktors</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Große Koalition wird aufgefordert, die beschlossene zeitweise Aussetzung des Riesterfaktors bei der Rentenberechnung unverzüglich zu revidieren und künftig wahltaktisch motivierte Eingriffe in die Rentenformel zu unterlassen.

**Begründung:**

Es ist nicht nur ordnungspolitisch sondern auch ethisch falsch, die Rentenformel je nach politischer Großwetterlage und anstehenden Wahlen zu ändern. Der Riesterfaktor ist einer der wenigen Faktoren in der Rentenberechnung, der die derzeitige Rentnergeneration aktiv in die Lösung des Problems von weniger werdenden Beitragszahlern auf der einen Seite und steigender Rentnerzahl sowie längerer Lebens- und damit auch Rentenbezugszeit auf der anderen Seite einbezieht.

Wer den Riesterfaktor aussetzt, entscheidet sich bewusst für weniger Generationengerechtigkeit und begünstigt eine Generation zu lasten der Anderen. Generationenvertrag und Generationensolidarität sind aber keine Einbahnstraßen, sondern erfordern Anstrengungen aller Generationen, auch derer, die heute vom System profitiert.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. A 18  <b>Weitere Senkung der Sozialausgaben</b>	<hr/> <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Junge Union KV Erlangen-Höchstadt</b>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern spricht sich für weitere Senkungen der Sozialabgaben aus. Jeder finanzielle Spielraum muss genutzt werden, um die Belastungen der Arbeitnehmer und der Unternehmer in Deutschland weiter zu reduzieren.

**Begründung:**

Die Belastung mit Abgaben ist in Deutschland immer noch verhältnismäßig hoch. Diese Abgabenbelastung führt zu hohen Arbeitskosten einerseits und zu niedrigen Nettolöhnen andererseits. Aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Lage und der niedrigeren Arbeitslosigkeit hat sich auf die finanzielle Situation der Sozialversicherungssysteme positiv ausgewirkt. Aus diesem Grund gibt es auch weiterhin Spielräume, um die Sozialabgaben weiter abzusenken. Das Geld ist bei den Beitragszahlern besser aufgehoben, als in den Kassen der Sozialversicherung. Niedrigere Beiträge und damit niedrigere Einnahmen in der Sozialversicherung sind die beste Gewähr, damit dieses Geld nicht mit unwirksamen Sozialprogrammen verschleudert wird.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. A 19  <b>Verdienst von Krankenkassenvorständen</b>	<hr/> <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm</b>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass Vorstände von Krankenkassen entsprechend ihrer Verdienste und des wirtschaftlichen Erfolgs ihrer Krankenkasse entlohnt werden. Ungerechtfertigte Bereicherung soll stärker bestraft werden.

**Begründung:**

Angesichts einer signifikant alternden deutschen Gesellschaft und unter Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gebots der Volksgesundheit ist die effiziente Geldverwendung für die Gesundheitsvorsorge notwendiger denn je. Ständig steigende Kosten für Krankenkassen machen immer weniger Netto aus dem Brutto von Arbeitnehmern und Selbständigen. Aus diesen Gründen sind regelmäßig auftauchende Bereicherungen von Krankenkassenvorständen im Vorfeld zu vermeiden und im Nachhinein strenger zu bestrafen. U. a. hat der deutsche Bundesrechnungshof aufgedeckt, dass Vorstände und ihre Angehörigen Leistungen in Anspruch genommen haben die den normalen Mitgliedern nicht zur Verfügung stehen: Viagra, Haarwuchsmittel, Übernahme von Ferienhausmieten, etc. Der

variable Gehaltsanteil wird vollständig ausbezahlt, obwohl öfters weder Ziele formuliert noch erreicht wurden.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 20</p> <p><b>Leistungsübersicht gesetzlich Krankenversicherter</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Christian Moser Junge Union BV Niederbayern</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die gesetzlich Krankenversicherten müssen nach jedem Arztbesuch eine Übersicht über die erhaltenen Leistungen mit dem Hinweis auf die jeweiligen Kosten von ihrem Arzt bekommen.

**Begründung:**

Viele gesetzlich Krankenversicherte wissen nicht welche Kosten den gesetzlichen Krankenversicherungen für die ärztlichen Leistungen in Rechnung gestellt werden. Während der privat Krankenversicherte eine Rechnung für eine Behandlung erhält, rechnet beim gesetzlich Versicherten der Arzt direkt mit der Krankenkasse ab. Einen Einblick in die Kosten seiner Behandlung hat der gesetzlich Versicherte damit nicht.

Um ein Bewusstsein für den monetären Wert der Arbeit des Arztes und die Kosten für die Versicherung zu schaffen, ist es sinnvoll den Patienten ausführlich darüber zu informieren.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 21</p> <p><b>Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Erlangen-Höchstadt</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert, die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit zum festen Bestandteil der Folgenabschätzung bei Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene werden zu lassen.

**Begründung:**

Folgen politischen Handelns lassen sich nicht in allen Einzelheiten voraussagen und eine Folgenabschätzung kann nie politisches Handeln ersetzen. Angesichts der demografischen Veränderung in unserer Gesellschaft und dem damit verbundenen Verschiebung im Kräfteverhältnis der Generationen untereinander besteht aber die Gefahr, dass politische Entscheidungen einseitig nach den Interessen der größeren Bevölkerungsgruppe, sprich der Älteren, ausgerichtet werden. Um dem entgegenzuwirken, sollte bei jedem neuen Gesetz die Auswirkungen auf die junge und die kommenden Generationen geprüft und dokumentiert werden.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 22</p> <p><b>Rauchverbot</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Dachau</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, eine Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes herbeizuführen, durch die der Halbsatz "soweit öffentlich zugänglich" in Art. 2, Punkt 8 gestrichen wird.

**Begründung:**

Der Bayerische Landtag hat ein formal sehr weit reichendes Rauchverbot in der Gastronomie beschlossen. Klare Intention des Gesetzgebers war es, Gaststätten in Bayern - bis auf wenige Ausnahmen - grundsätzlich rauchfrei zu halten. Jedoch berufen sich seit Einführung des Gesundheitsschutzgesetzes immer mehr Gastwirte auf den o. g. Halbsatz und gründen so genannte Raucherclubs. In einigen Gebieten Bayerns gibt es mittlerweile mehr Bars, Kneipen und Cafés die Raucherclubs sind, also solche, in denen nicht geraucht wird. Hierdurch wird das Gesetz flächendeckend unterlaufen und dessen Schutzzweck völlig unzureichend umgesetzt.

Faktisch kann jeder Wirt selbst entscheiden, ob in seinem Lokal geraucht werden darf oder nicht. Eine solche freiwillige Lösung hat sich bereits in der Vergangenheit als nicht ausreichend für den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens erwiesen.

Die Streichung des o. g. Halbsatzes würde den Raucherclubs die juristische Grundlage entziehen, das Rauchen wäre ohne Ausnahmen in der Gastronomie untersagt. Dies wäre eine klare und verständliche Regelung, die einen konsequenten Gesundheitsschutz ermöglichen würde und darüber hinaus auch dem kürzlich ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht.



## **Antragsmappe A / III**

### **Inhaltliche Anträge**

- A 23      Junge Union KV München-West  
            **„Bahnanbindung Flughafen München“**
- A 24      Delegierter Alexander Miletic  
            **„Tempolimit auf Autobahnen I“**
- A 25      Delegierter Stefan Ebner, Junge Union BV Niederbayern  
            **„Tempolimit auf Autobahnen II“**
- A 26      Delegierter Mike Hammermayer  
            **„Einführung eines Freizeit Zivildienstes“**
- A 27      Delegierter Christian Moser, Junge Union BV Niederbayern  
            **„Belassen von kirchlichen Feiertagen“**
- A 28      Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm und KV Freising  
            **„Mandatsbegrenzung für Gewerkschaftsfunktionäre in  
            Aufsichtsgremien“**
- A 29      Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm und KV Freising  
            **„Keine Rundfunkgebühr für beruflich genutzte PC's“**
- A 30      Delegierter Christian Moser, Junge Union BV Niederbayern  
            **„Keine GEZ für PC's“**
- A 31      Junge Union BV Niederbayern und KV Freyung-Grafenau  
            **„Ablehnung eines zentralen Personendatenregisters“**

- A 32 Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding  
**„Einführung des absoluten Mehrheitswahlrechts“**
- A 33 Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding  
**„Wahlrecht ab Geburt“**
- A 34 Delegierter Sebastian Schlutz, Junge Union KV Freyung-Grafenau  
**„CO2 Ausstoß“**

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 23</p> <p><b>Bahnanbindung Flughafen München</b></p>	<p>Landesausschuss</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV München-West</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert den Freistaat Bayern und die Deutsche Bahn auf, als Alternative zum Transrapid eine ICE-Anbindung des Münchner Flughafens zu prüfen. Dabei soll die Streckenführung in Form einer Spange vom Bahnhof Pasing über den Flughafen Franz-Josef-Strauss bis zum Ostbahnhof entstehen. Die Anbindung soll ohne weitere Zwischenhalte erfolgen.

**Begründung:**

Das Scheitern der Transrapidstrecke vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen Franz-Josef-Strauss im April 2008 hat die Anbindung des Münchner Flughafens mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bis auf Weiteres auf die bestehenden Möglichkeiten festgelegt. Jedoch herrscht ein breiter, überparteilicher Konsens, dass die derzeitige Verknüpfung des Flughafens mit dem Fernbahnnetz nicht mehr ausreichend ist. So kommt eine Diskussion um mögliche Alternativen zur Behebung dieser Problemstellung in Gang. Die Junge Union Bayern spricht sich deshalb für die Möglichkeit einer ICE-Spange von Pasing über den Münchner Flughafen zum Ostbahnhof aus und fordert die konkrete Prüfung dieser Alternative durch den Bayrischen Landtag, die Landeshauptstadt München und die Deutsche Bahn.

Im vorliegenden Papier soll in einem ersten Schritt die Notwendigkeit einer Anbindung ans regionale und vor allem überregionale Schienennetz dargestellt werden. Anschließend wird die ICE-Spange als zentraler Vorschlag dieses Papiers erläutert. Abschließend wird eine Abgrenzung zur Express S-Bahn vorgenommen und ein Fazit gezogen.

Der Münchner Flughafen ist einer der aufstrebendsten Europas. Lediglich der Madrider Luftbahnhof ist im Jahr 2006 stärker gewachsen als der Münchner. Dieser Tatsache und dem hohen absoluten Passagiervolumen verdankt der Münchner Flughafen ein zweites Terminal und benötigt in Zukunft eine dritte Start- und Landebahn. Immer mehr Interkontinentalflüge starten in München, weshalb der Flughafen gegenüber dem Frankfurter immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dieser Tatsache schuldet der Flughafen Franz-Josef-Strauss auch sein großes Einzugsgebiet, das sich aufgrund der Vielzahl an Verbindungen über den gesamten süddeutschen Raum bis ins westliche Österreich erstreckt. Die Attraktivität dieser vielfältigen Verbindungen steht und fällt mit seiner Erreichbarkeit. Anders ausgedrückt heißt das, wenn man den Münchner Flughafen nicht in angemessener Weise aus dem ganzen Einzugsgebiet erreichen kann, bleibt das attraktive Angebot ungenutzt. So stellt genau die Anbindung derzeit den limitierenden Faktor für das weitere Wachstum des Flughafens dar.

Die anderen bedeutenden Flughäfen im gesamtdeutschen Raum, wie Frankfurt, Stuttgart oder Köln/Bonn verfügen im Gegensatz über einen direkt angebunden ICE-Bahnhof. Dies ist kein Zufall; hier wurde die Wichtigkeit der Anbindung rechtzeitig erkannt. Dort halten ICE-Züge mit speziell für Flugzeugpassagiere reservierten Abteilen. Da diese Anreise bereits im Flugpreis enthalten ist, stellt das ein attraktives Angebot dar, mit dem der Münchner Flughafen derzeit nicht mithalten kann.

Der Fakt, dass am Münchner Flughafen täglich 2000 Mietwagen zurückgenommen werden, während es in Frankfurt nur 200 sind, spricht für sich. Geschäftsreisende, die nicht zentral in München zu tun haben, können in der Verbindung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kein akzeptables Angebot sehen. Sie greifen auf den Mietwagen zurück, mit dem es oftmals zu großen Zeitersparnissen kommt. Auch hierin zementiert sich also der Standortnachteil der Anbindung an das Fernbahnnetz.

Damit ist unbestritten, dass die derzeitige Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ausreicht, um den Münchner Flughafen als in dieser Hinsicht national wie international angemessen zu bezeichnen. Dem Wachstum des Flughafens wird dieser Zustand einen Riegel vorschieben. Mit dem Flughafen als Jobmotor Nummer Eins in der Region Freising und als entscheidender Infrastrukturfaktor für den Wirtschaftsstandort München und Oberbayern ist es von zentraler Bedeutung, dass der Flughafen weiter wächst und ein attraktives Angebot bleibt. Das Wachstum des Flughafens ist also kein Selbstzweck, sondern

fördert die Wirtschaft und den Tourismus in München und Oberbayern und schafft so zahlreiche Arbeitsplätze.

Die bessere Anbindung an das Fernbahnnetz ist also ein Muss für die Attraktivität des Münchner Flughafens. Die Junge Union Bayern fordert deshalb die Schaffung eines ICE-Bahnhofs am Münchner Flughafen mit einer Verbindung zum Ostbahnhof und nach Pasing zu prüfen.

Die ICE-Anbindung hat dabei unterschiedliche Vorzüge. Der ICE ist ein Imageträger, der ein positives Bild in Verbindung mit dem modernen Münchner Flughafen abgibt und so den Eindruck von der gesamten Region prägt. Darüber hinaus ermöglicht dieser Schnellzug aufgrund seiner Geschwindigkeit die größten Zeitersparnisse. Und zuletzt erlaubt nur ein ICE-Bahnhof die direkte Anbindung an das Fernbahnnetz. Ein Umsteigen am Hauptbahnhof kann so vermieden werden und ermöglicht je nach Streckenführung die Entlastung der zentralen Bahnhöfe. Kurz gesagt, hat der ICE-Bahnhof viele charmante Vorteile und ist aus Sicht der Jungen Union die zu favorisierende Alternative.

Die Streckenführung ist schließlich die zweite Frage, der man sich stellen muss. Dabei schlägt die Junge Union Bayern die Strecken von Pasing über den Münchner Flughafen zum Ostbahnhof vor.

Das grundlegende Argument für eine neue Strecke ist die mangelnde Integrierbarkeit in das bestehende Schnellbahnnetz. Ein Schwenk der Strecke Richtung Norden ist nun nicht mehr möglich, nachdem diese erst vor wenigen Jahren fertig gestellt worden ist. Auch in andere bestehende Streckenabschnitte ist eine Einbindung nicht möglich. Die Schaffung dieser Spange allerdings würde in Verlängerung eine Anbindung aus Westen und Norden über Pasing und aus Osten und Süden über den Ostbahnhof ermöglichen. So ließe sich eine umfassende Anbindung schaffen, die attraktiv für viele Fluggäste wäre.

Die Kürze der Strecke hat ein weiteres, unschlagbares planerisches und kostenorientiertes Argument. Der Aufwand sowohl für Planung wie bei den Kosten fällt unter allen Streckenalternative am geringsten aus. Eine echte zeitliche Ersparnis kann die Streckenführung mit sich bringen, wenn sie direkt und ohne Zwischenhalte umgesetzt wird. Nur dann kann der ICE seinen Geschwindigkeitsvorteil gegenüber der S-Bahn nutzen.

Als zusätzliches Argument ermöglicht die ICE-Spange Durchgangsverbindungen aus der Innenstadt fern zuhalten und so den Streckenabschnitt zwischen Pasing und Ostbahnhof und damit den Münchner Hauptbahnhof zu entlasten. Fahrgäste mit dem Fahrziel Innenstadt können dann über die beiden Bahnhöfe Pasing und Ostbahnhof die Weiterfahrt mit der S-Bahn antreten. Für alle Durchreisenden führt dies zu einem Zeitgewinn, da die Spange als Hochgeschwindigkeitsstrecke angelegt werden könnte.

Solche Filterbahnhöfe, wie sie in Pasing und Ostbahnhof entstehen würden, gibt es auch in anderen Großstädten. In Köln hält mittlerweile ein Großteil der Schnellzüge am Bahnhof Köln Messe / Deutz, von wo man die S-Bahn Linien zur Innenstadt erreicht. Die Entlastung des Hauptbahnhofs wäre enorm und jede über die Spange geleitete Verbindung würde den Münchner Flughafen anfahren.

Selbst für die Münchner ist dies eine Alternative. Gerade Münchner, die aus den Randbezirken kommen, könnten bereits in Pasing und am Ostbahnhof in den ICE umsteigen. Für alle zentral wohnenden Münchner bleibt die bestehende Verbindung eine gute Möglichkeit.

Dieses Konzept ist also sowohl für die Münchner als auch für die überregionalen Fahrgäste eine echte Alternative und kann einem zu erwartenden wachsenden Schienenverkehrsaufkommen in München Rechnung tragen. Die relativ kurze Streckenführung hält schließlich Kosten und Planung in Grenzen.

Die Junge Union sieht einen klaren Bedarf einer besseren Anbindung des Münchner Flughafens an das Fernbahnnetz. Für überregionale Fahrgäste und Geschäftsreisende ist dies ein elementarer Bestandteil für die Attraktivität des Münchner Flughafens, der als Jobmotor der Wirtschaftsregion München und Oberbayern gut tut. Die ICE-Spange Pasing - Flughafen - Ostbahnhof ist dabei die bevorzugte Alternative, da sich hier Kosten und Planungsaufwand in Grenzen halten. Zudem schafft man mit Pasing und dem Ostbahnhof zwei Filterbahnhöfe, die den Hauptbahnhof langfristig entlasten können. Sowohl für die überregionalen Fahrgäste wie auch für die Bewohner Münchens würde dies einen Zeitgewinn mit sich bringen. Die Junge Union fordert also die Prüfung einer ICE-Spange von Pasing über den Münchner Flughafen zum Ostbahnhof.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 24</p> <p><b>Tempolimit Autobahnen I</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter      Stefan Ebner</b></p> <p><b>Junge Union BV Niederbayern</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern lehnt generelle Tempolimits auf deutschen Autobahnen ab.

**Begründung:**

Die intensivierten Debatten über Klimaschutz und Umweltverschmutzung sowie über steigende Energiekosten bergen die Gefahr in sich, vorschnelle, unüberlegte und v.a. plakative Aussagen und Forderungen hervorzurufen.

Der immer wieder aufkommende Ruf nach einem generellen Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist ein Kind dieser Debatten. Trotz steigender Energiekosten ist die Ablehnung der Forderung nach wie vor zu betonen – aus folgenden Gründen:

Die Autobahnen sind heute bei weitem die sichersten Straßen. Obwohl 34 Prozent des gesamten Verkehrs über sie läuft, liegt der Anteil der Unfälle mit Personenschäden nur bei 6,2 Prozent (ADAC). Ein Tempolimit führt nicht zwangsläufig zu mehr Sicherheit. Dies zeigt ein Blick auf andere europäische Länder, wie z.B. Österreich und Italien, die sich über deutlich mehr Unfalltote beklagen müssen, obwohl sie ein Tempolimit haben.

Das Argument, ein Tempolimit führt dazu, dass Autos auf geringere Spitzengeschwindigkeiten ausgelegt werden ist widerlegbar, da die durchschnittliche Geschwindigkeit auf deutschen Autobahnen sich laut Studien im gleichen Korridor wie in allen anderen EU-Ländern bewegt. Die Fahrzeugtechnik würde sich also nicht grundlegend ändern.

Verbesserungen für den Klimaschutz durch ein generelles Tempolimit gibt es kaum. Schon jetzt sind 6.000 der 12.200 Autobahnkilometer dauerhaft oder zeitweilig limitiert. Zudem ist das Potential begrenzt, weil der PKW-Verkehr für nur ca. 12% aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist. Nach Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums würde der Ausstoß von Treibhausgasen nur um einen Wert von 0,6 Prozent sinken.

Umweltschutz muss effizient sein, deshalb sind bspw. sparsamere Fahrzeuge oder intelligente Lösungen für flüssigere Verkehrsabläufe ohne Staus – und damit ohne CO<sub>2</sub>-intensiven Stop-and-go-Verkehr – Maßnahmen wie generellen Tempolimits vorzuziehen.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input checked="" type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 25</p> <p><b>Tempolimit auf Autobahnen II</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Alexander Miletic</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert die Bundesregierung auf, ein Tempolimit in Höhe von 150 km/h auf deutschen Autobahnen einzuführen.

**Begründung:**

Durch das Tempolimit wäre sicherlich ein rücksichtsvollerer Umgang im Straßenverkehr zu vermerken. Bedenken wir, wie viele Raser es auf unseren Straßen gibt, ist es kein Wunder weshalb so viele Unfälle die Folge sind. Sogar Fahranfänger, die noch keine richtige Erfahrung besitzen, wissen nicht wie sie sich im Falle eines knappen Überholversuchs verhalten sollen. Das gleiche ist auch bei den sogenannten „Dränglern“ der Fall.

Ein weiteres Argument das sich aufgrund der oberen Stellungnahme folgern lässt, wäre der Rückgang der Unfallzahlen auf unseren Autobahnen. Wenn wir uns vor Augen halten, wie viele Unfälle sich auf zu hohes Tempo zurückführen lassen, ist es sicherlich verständlich warum die Junge Union das Tempolimit einführen möchte. Letztendlich würden auch die Versicherungen von dem Tempolimit profitieren da, wie oben schon geschildert, weniger Unfälle die Folge wären und die Versicherungen so weniger Leistungen erbringen müssen. Die Entlastung der Versicherung würde sich nach der Zeit auch auf die Beitragszahler

auswirken, die sich über sinkende Beiträge freuen würden. Vor allem in der heutigen Wirtschaftslage bei dem die Bevölkerung auf jeden Euro Rücksicht nimmt.

Die gesetzl. Geschwindigkeitsbeschränkung, würde außerdem einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss herbeiführen. Weniger Staus und zähflüssige Verkehrssituationen würden sich vermindern.

Die größte positive Auswirkung hat das Tempolimit auf den Schadstoffverbrauch und somit auf unser Klima. Ein Tempolimit von beispielsweise 120 km/h würde den CO<sup>2</sup> Ausstoß um 3 % vermindern. Dies wäre ein großer Gewinn für die Umwelt und die Bundesregierung, die schon seit Anfang der Legislaturperiode einen umweltfreundlicheren Umgang mit der Natur vermitteln möchte.

Im Großen und Ganzen lassen sich die Vorteile des Tempolimits leicht an den Fingern abzählen. Es liegt uns allen hier nah am Herzen, dass die Antragskommission diesen Vorschlag befürwortet, denn es geht um die zukünftige Lage. UNSERE Lage.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 26</p> <p><b>Einführung eines Freizeit Zivildienstes</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Mike Hammermayer</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert die Bundesregierung auf, neben den bereits bestehenden Möglichkeiten der Wehrpflicht und des Vollzeit-Zivildienstes einen Freizeit-Zivildienst „Modell 220“ einzuführen, welcher in der Freizeit unentgeltlich abgeleistet werden kann und ca. 220 ehrenamtliche Arbeitsstunden über 3 Jahre betragen soll. Diese können bei diversen anerkannten gemeinnützigen Organisationen abgeleistet werden und ersetzen somit die Wehrpflicht bzw. den Zivildienst.

**Begründung:**

Eine Wehrpflicht in der heutigen Fassung ist nicht mehr zeitgemäß, da wir es uns nicht mehr erlauben können, auf qualifizierte Fachkräfte zu verzichten. Wir können es besonders unseren zumeist mittelständischen Betrieben nicht mehr zumuten, auf eine Fachkraft, wie z. B. einen ausgebildeten Industriemechaniker oder Elektroniker für neun Monate verzichten zu müssen. Gerade in der momentan guten Lage am Arbeitsmarkt, wo teilweise kein Ersatz für eine Fachkraft zu finden ist, könnte meiner Meinung nach eine Fortführung der Wehrpflicht in ihrer jetzigen Form fatale Auswirkungen auf den Aufschwung haben. Hier soll das „Modell 220“ Abhilfe schaffen. Dieses „Modell 220“ bedeutet nichts anderes als ein Zivildienst in der Freizeit, sprich am Wochenende oder im Urlaub. Mit diesen 220 ehrenamtlichen Stunden ist dann die Wehrpflicht abgegolten. Selbstverständlich werden

diese Stunden dann nicht bezahlt, da ja der Ableistende einer regulären Arbeit nachgeht. Um dieses Projekt erfolgreich gestalten zu können, sollte die Anzahl der Ausgemusterten deutlich abnehmen!

Möglichkeiten sehe ich hier bei Behindertenkontaktgruppen, welche bei Ausflügen oder Veranstaltungen immer Hilfe gebrauchen können. Auch Sportvereine, die so ehrenamtliche Trainer für Kinder und Jugendliche hinzugewinnen können, würden sich sicherlich über ein solches Projekt freuen. Nicht zuletzt könnten die klammen Kassen unserer bayerischen Gemeinden und Städte entlastet werden. Denn auch hier sind die „nebenberuflichen Zivis“ beim Pflegen von Grünanlagen, in der Seniorenbetreuung, beim Aufsammeln von Müll usw. einsetzbar. Und vielleicht bleibt ja der ein oder andere bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die ihm Spaß gemacht hat.

Möglichkeiten gäbe es genug. Sollten Anregungen aus der Landesversammlung kommen, so würde ich mich sehr freuen.

Somit bietet sich durch das „Modell 220“ ein Win-Win Geschäft. Es profitieren die Wehrpflichtigen, welche eine größere Wahlfreiheit haben und weiter in ihrem Beruf beschäftigt bleiben können. Außerdem die sozialen Institutionen und Gemeinden, die vermehrt „ehrenamtliche“ Helfer bekommen könnten und nicht zuletzt die Unternehmen, deren Fachkräftemangel gemindert werden könnte.

Diese Regelung sollte nur für Wehrpflichtige gelten, welche ein festes Arbeitsverhältnis vorweisen können oder weiter die Schule besuchen.

Sollten noch Fragen offen sein, so werde ich diese gerne mündlich beantworten.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 27</p> <p><b>Belassen von kirchlichen Feiertagen</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Christian Moser Junge Union BV Niederbayern</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern spricht sich klar dafür aus, dass bisherige kirchliche Feiertage in Bayern die arbeitsfrei sind, dies auch in Zukunft bleiben müssen.

**Begründung:**

Immer wieder wird von Arbeitgebergruppierungen (z.B. AG Selbstständiger Unternehmer) die Frage gestellt, ob es notwendig sei an kirchlichen Feiertagen wie z.B. Pfingstmontag nicht zu arbeiten. So hat der Bundesverband des „Deutschen Groß- und Einzelhandels“ die hohe Anzahl an Feiertagen in Verbindung mit den vielen gesetzlichen Urlaubstagen kritisiert.

Für uns als Junge Union geht es nicht um den Erhalt kirchlicher Besitzstände, sondern um den Erhalt und die Pflege alter bayerischer Traditionen. Als Beispiel soll hierzu das Pfingstfest mit dem Kötzinger Pfingstritt angeführt werden.

Der Ausdruck eines uralten christlichen Wertebewusstseins muss erhalten bleiben und darf nicht den wirtschaftlichen Überlegungen zum Opfer fallen. Bayern hat zwar in Deutschland die meisten Feiertage, ist aber dennoch wirtschaftlich führend.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 28</p> <p><b>Mandatsbegrenzung für Gewerkschaftsfunktionäre in Aufsichtsgremien</b></p>	<p>Landesausschuss</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm und KV Freising</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass hauptberufliche Gewerkschaftsvertreter als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Verwaltungsräten nicht mehr als insgesamt zwei Mandate innehaben können.

**Begründung:**

Hauptberufliche Gewerkschaftsvertreter verfügen nicht über den Bezug und die Erfahrung die Arbeiter einer Gesellschaft so zu vertreten wie Arbeitnehmervertreter aus der Gesellschaft selbst. Zugleich verfügen hauptberufliche Gewerkschafter mit einer Präsenz in verschiedenen Gremien derselben Branchen über ein wettbewerbsrechtlich gefährliches Insider-Wissen. Mehr noch ist es schädlich wenn Gewerkschaftsführer in Personalunion als Spitzenführungskraft einer Gesellschaft gegen diese einen Streik ausruft oder forciert. Die Gesellschaft auf der einen Seite will Profit erzielen und die Gewerkschaften wollen, dass die Mitarbeiter anständig bezahlt werden. Diese Vermengung der beiden berechtigten Interessen in Aufsichtsräten und Verwaltungsräten wird entgegen dem Sinn der deutschen Mitbestimmung durch korrupte Strukturen gestört. Volkswagen, Siemens, Lufthansa sind aktuelle Beispiele dafür. Selbst wenn Vertreter der Gewerkschaften laut den eigenen Statuten Ratsbezüge an Stiftungen abführen, besteht auch die Gefahr der persönlichen

Bereicherung. So sind teilweise unbegrenzte Kontingente an Freiflügen und anderen Leistungen für Räte und deren Familienangehörige eine funktionslose, sinnlose Incentive-Bezahlung auf Kosten der Firma und Ihrer Beschäftigten.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input checked="" type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 29 A</p> <p><b>Keine Rundfunkgebühr für beruflich genutzte PC's</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union KV Pfaffenhofen a. d. Ilm und KV Freising</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass für beruflich genutzte Computer mit Internetanschluss keine Rundfunkgebühr erhoben wird.

**Begründung:**

Der Computer in einer Firma ist ein notwendiges Arbeitsmittel. Wenn der Computer in Geschäftsräumen oder einer Kanzlei stehe, werde er typischerweise nicht genutzt, um Radio zu hören oder fernzusehen. Zudem werden keine Rechner oder Computersysteme mehr in Deutschland vertrieben, die nicht internetfähig wären. Somit müssten alle Besitzer von Computern die neue GEZ - Abgabe zahlen, völlig unabhängig davon, ob das Gerät privat oder geschäftlich genutzt wird.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 29 B</p> <p><b>Abschaffung der GEZ-Gebühren</b></p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Karlheinz Roth</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern spricht sich für eine Abschaffung der GEZ-Gebühren in der derzeitigen Form aus und plädiert für eine steuerfinanzierte Lösung.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input checked="" type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 30</p> <p><b>Keine GEZ für PC's</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Christian Moser Junge Union BV Niederbayern</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Das derzeitige Rundfunkgebührensysteem muss neu überdacht werden. Es ist in keiner Weise mehr zeitgemäß. Auch muss in Frage gestellt werden, ob die Höhe der Gebühren gerechtfertigt ist. In jedem Fall müssen die Gebühren für internetfähige PCs umgehend wieder abgeschafft werden.

**Begründung:**

Zuletzt hat die Debatte um die sogenannten Internetgebühren gezeigt, dass das derzeitige Gebührensystem nicht mehr zeitgemäß ist. Die getroffene Regelung, dass nur Rundfunkgebühren für internetfähige PCs erhoben werden, rechtfertigt noch keineswegs das Einziehen der Abgabe. Solange ein PC nicht ausschließlich bzw. in erster Linie dem Fernsehen dient, besteht keinerlei Rechtfertigung, warum sich die öffentlich-rechtlichen Fernsehen auf diesem Weg bereichern sollen.

Zum einen bieten die öffentlich-rechtlichen kein dem Fernsehprogramm tatsächliches entsprechendes Programm im Internet an, zum anderen nutzen sie von Dritten geschaffene Strukturen, um ihr Programm zu verbreiten. Dem Verbraucher wird hier eine Wahlmöglichkeit vollständig vorenthalten.

Das Grundübel der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist außerdem nicht nur die Frage wie und wo die Beiträge eingezogen werden, sondern welcher finanzielle Beitrag wirklich notwendig ist. So ist beispielsweise die Frage zu stellen, warum sowohl ARD als auch ZDF jeweils eigene Studios bei den Olympischen Spielen aufbauen. Von einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem Geld der Gebührenzahler kann keine Rede sein.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. A 31  <b>Ablehnung eines zentralen Personendatenregisters</b>	<input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Junge Union BV Niederbayern und KV Freyung- Grafenau</b>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Einrichtung eines zentralen Personendatenregisters auf Bundesebene ist abzulehnen. Gegen dieses Register sprechen Bedenken bezüglich des Datenschutzes, der Subsidiarität und des Rechts des einzelnen auf datenrechtliche Selbstbestimmung.

**Begründung:**

Ein zentrales, elektronisches Personendatenregister auf Bundesebene würde nach dessen Einrichtung die zentrale Funktion für alle Behörden und auch Versicherungen etc. übernehmen die personenbezogenen Daten zu jedem einzelnen Bundesbürger bereitzuhalten. Sollten diese Daten durch fehlerhafte Erfassungen, Manipulation oder technische Fehler verfälscht werden, wären die Auswirkungen auf den einzelnen verheerend. In allseits vorhandener Technikgläubigkeit würden sich solche Fehler vom zentralen Register auch in alle untergeordneten Behörden, deren Daten fortpflanzen und damit den Umgang mit dem Bürger gravierend beeinflussen. Besser gemäß dem Prinzip der Subsidiarität sollte auch in Zukunft die Datenerfassung der personenbezogenen Daten jedes einzelnen Bürgers so nah vor Ort erfolgen wie möglich, um Fehler und zentrale Verbreitung derselben bestmöglich weiterhin auszuschließen.

Auch bietet ein zentrales, elektronisches Register eine viel zu große und umfangreiche Angriffsmöglichkeit für kriminelle Interessen an auch nicht-staatlich verwertbare Daten über alle Bürger zu gelangen.

Schließlich bietet auch das zentrale Register im Gegensatz für gespeicherte Daten bei den Meldebehörden vor Ort dem Bürger keinen direkten Einblick mehr und die entzieht ihm die Möglichkeit auf die Auswahl, Menge und Art der gespeicherten Daten Einfluß zu nehmen.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Angenommen <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. A 32  <b>Einführung des absoluten Mehrheitswahlrechts</b>	<hr/> <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding</b>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern spricht sich für die Einführung des absoluten Mehrheitswahlrechts auf Bundesebene aus.

**Begründung:**

Die aktuellen Entwicklungen im deutschen Parteiensystem machen Wahlausgänge schwierig und unklar, das Land Hessen ist hier nur das augenfälligste Beispiel. Die Wahrscheinlichkeit von Minderheitsregierungen oder dauernden Großen Koalitionen wächst, weil die Gefahren wachsen, dass keine Koalition mit absoluter Mehrheit gebildet werden kann oder eine 3-Parteien-Koalitionen während der Legislaturperiode auseinander fällt.

Zusätzlich dürfte sich das bereits heute zu beobachtende Phänomen, für die erforderliche Mehrheit zu einem Gesetz im Parlament die unsinnigsten Kompromisse und die sachwidrigsten Kompensationsgeschäfte in Kauf zu nehmen, weiter ausbreiten.

Das absolute Mehrheitswahlrecht (etwa nach dem Vorbild Frankreichs) ermöglicht stabile und eindeutige Parlamentsmehrheiten und gleichzeitig bietet es auch kleineren Parteien weiter die Möglichkeit, über Unterstützungsverträge mit größeren Parteien im Parlament – allerdings in geringerer Zahl – präsent zu sein.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 33</p> <p><b>Wahlrecht ab Geburt</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Alex Wegmaier und Junge Union KV Erding</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert die Einführung eines Wahlrechts ab Geburt mit der Maßgabe, dass die Kinder Inhaber des Wahlrechtes werden und dieses bis zu einem festzulegenden Kindesalter treuhänderisch von den Erziehungsberechtigten als ihren gesetzlichen Vertretern ausgeübt wird.

**Begründung:**

Den Herausforderungen, vor denen Deutschland angesichts des demographischen Wandels bspw. in den Sozialsystemen und den Staatsfinanzen steht, kann nur mit einer nachhaltigen und generationengerechten Politik begegnet werden. Die Neigung der Politik, Lasten auf die nächste Generation zu verlagern und potentielle (und potente!) Wählergruppen angesichts wahltaktischer Überlegungen zu schonen, wird jedoch immer wieder deutlich – zumal deshalb, weil eben diese nächste Generation durch Art. 38 Abs. 2 GG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Eine Änderung oder Aufhebung des Wahlalters ist grundgesetzlich möglich und eine politische Entscheidung dafür, Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren die prinzipielle Gleichheit der Staatsbürger, also auch den in Art. 20 GG garantierten Einfluss auf die Ausübung der Staatsgewalt, zu gewähren.

Die prinzipielle Beteiligung des gesamten Staatsvolkes an der Staatsgewalt in einer Demokratie ist dabei dem Rechtsgrundsatz der Höchstpersönlichkeit der Wahl vorzuziehen. Im bürgerlichen Recht nehmen bei Unfähigkeit der Kinder, ihre Rechte selbst auszuüben, die Sorgeberechtigten, also i. d. R. die Eltern, die Rechte ihres Kindes in dessen Interesse wahr. Entsprechend sollte auch beim Wahlrecht von Geburt an verfahren werden. Detailfragen und konkrete Ausgestaltung sind zu klären.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 34</p> <p><b>CO<sup>2</sup> Ausstoß</b></p>	<p>AK Umwelt und Energie</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Delegierter Sebastian Schlutz</b></p> <p><b>Junge Union Freyung-Grafenau.</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Der CO<sup>2</sup> Ausstoß nimmt unvermindert zu. Um dagegen mit einfachen Mitteln vorzugehen, soll die JU Bayern im Landtag und Bundestag eine Initiative anstoßen, brachliegende oder freie Flächen im Besitz von Land und Bund und staatseigener Firmen wieder aufzuforsten. Privatbesitzer und Landwirte sollen angeregt werden, ebenfalls Bäume zu pflanzen.

Auf europäischer Ebene soll die JU Bayern alles daran setzen, dass ein sofortiges Importverbot für Energieträger die aus gerodeten Regenwaldflächen stammen verhängt wird. Für die Zukunft sollen über internationale Abkommen wirksame und nachhaltige Maßnahmen für ein Ende der Regenwaldrodungen herbeigeführt werden.

**Begründung:**

Die Bundesregierung fördert derzeit Forschungen zum speichern von CO<sup>2</sup> Untertage, das insbesondere durch Kohlekraftwerke erzeugt wird. Diese Forschungen sind sehr aufwendig, auch finanziell. Eine baldige, massive Anwendung steht derzeit in den Sternen. Genauso ohne Erfolg bleiben bisher die Versuche, das Abbrennen der Regenwälder zur Gewinnung von Palmölplantagen zu verhindern. Ein mögliches Übereinkommen hierzu wurde durch den Abbruch der Welthandelsgespräche, der so genannten „Doha-Runde“, unerreichbar. Der

einfachste und effektivste Weg, um CO<sup>2</sup> zu speichern und unsinniges Roden von Regenwäldern zu verhindern, stellen die oben geforderten Initiativen dar. Es gibt kein einfacheres und günstigeres Mittel als neue Bäume zu pflanzen die mit ihrem Wachstum CO<sup>2</sup> binden. Darüber hinaus kann Holz als CO<sup>2</sup> Speicher wesentlich einfacher gelagert werden wie als Gas Untertage. Ein Preisverfall für Holz haben die Forstwirte daher nicht zu befürchten. Andererseits ist nichts einfacher als ein Verbot von Energieträgern, auf die wir nicht wirklich angewiesen sind, die aber auf Kosten der Natur erzeugt werden und darüber hinaus nachhaltig, vernichtende Wirkung für ganze Regionen der Welt haben, Lebensgrundlagen zerstören und den eigentlichen Sinn der Palmölverwertung konterkarieren.

Junge Union Bayern

Landesversammlung 2008



**11./12. Oktober -  
Gersthofen**

## **Beschlussmappe N**

### **Nachgereichte Anträge**

- N 01      Delegierter Christian Mader  
            **„Änderung Gemeindewahlgesetz“**
- N 02      Andrea Rauh, Kurt Höller, Paul Linsmaier, Dr. Anja Weisgerber  
            MdEP, Stefan Müller MdB  
            **„Kostensenkung für die Nutzer reiner Kernenergie - Forschung  
            zur effizienteren Erzeugung regenerativer Energien“**

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u>  <input type="checkbox"/> Angenommen <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. N 01  <b>Änderung des Gemeindewahlgesetzes</b>	<input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Delegierter</b> Christian Mader	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Bayern fordert die CSU-Landtagsfraktion auf, folgende Änderung des
- 2 GLKrWG (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz) zu veranlassen:
- 3 Art. 35 erhält folgende Fassung:
- 4
- 5 **Verteilung der Sitze**
- 6
- 7 Es wird eine Reihenfolge aller Bewerber, unabhängig von der Liste für die der jeweilige
- 8 Bewerber kandidiert hat, nach der Zahl der Stimmen gebildet. Gewählt sind die Bewerber
- 9 mit den meisten Stimmen.
- 10
- 11 Art. 36 entfällt
- 12
- 13 Art. 37 erhält folgende Fassung:
- 14
- 15 **Nachrücker**

16 Die nicht gewählten sich bewerbenden Personen und die gewählten sich bewerbenden  
17 Personen, die aus einem persönlichen Hinderungsgrund das Amt nicht antreten können  
18 oder ausscheiden, sind in der Reihenfolge nach Art. 35 Nachrücker für ggf. ausscheidende  
19 Bewerber.  
20 Über das Nachrücken eines Bewerbers ist in dem Zeitpunkt zu entscheiden, in dem ein  
21 Nachrücker zu berufen ist. Kann er zu diesem Zeitpunkt das Amt nicht antreten oder müsste  
22 er ausscheiden, wird er auf der Liste der Nachrücker gestrichen, das gilt nicht für  
23 Nachrücker, die aus einem persönlichen Hinderungsgrund das Amt nicht antreten können.  
24 Persönliche Hinderungsgründe sind Hinderungsgründe nach Art. 31 Abs. 3 und 4 GO und  
25 nach Art. 24 Abs. 3 LKrO.

### **Begründung:**

Die bisherigen Regelungen stellen die Verteilung der Gemeinderats- und Kreistagssitze auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis der auf diese Listen insgesamt entfallenden Stimmen in den Vordergrund. Dies wird jedoch dem Charakter der Kommunalwahlen als Persönlichkeitswahlen nicht gerecht. Der Charakter der Kommunalwahlen als Persönlichkeitswahlen wird in der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens manifestiert. Die Tatsache, dass auch die Wähler die Kommunalwahlen als Persönlichkeitswahlen betrachten zeigt sich daran, dass bei den Wahlen kaum ein Wähler ausschließlich ein Listenkreuz setzt.

Weiterhin missachten die bisherigen Regelung elementare demokratische Grundsätze. In der Praxis führen die Regelungen dazu, dass ein Bewerber einer Liste oft mehr als die doppelten Stimmen als ein Bewerber einer anderen Liste benötigt, um in den Gemeinderat oder Kreistag einziehen zu können. Dies bedeutet, dass nicht jede Stimme gleiches Gewicht, bzw. gleichen Erfolg hat. Die Zusammensetzung des Gemeinderats bzw. Kreistags entspricht nach bisheriger Rechtslage nicht dem Wählerwillen.

Durch die vorgeschlagene Änderung würde dem Wählerwillen entsprochen werden, weil die Bewerber mit den meisten Stimmen in den Gemeinderat bzw. Kreistag einziehen. Dies würde auch die Demokratie stärken.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u>  <input checked="" type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. N 02  <b>Kostensenkung für die Nutzer reiner Kernenergie - Forschung zur effizienteren Erzeugung regenerativer Energien</b>	  <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER:  <b>Andrea Rauh (AKH), Kurt Höller (AKH), Paul Linsmaier (RCDS), Dr. Anja Weisgerber MdEP (AKU), Stefan Müller MdB</b>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die JU Bayern fordert die Bundesregierung auf, das Gesetz über den Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft zu novellieren und die gesetzlich erlaubte Laufzeit der vorhandenen Kernkraftwerke einzig von Ihrer technischen Sicherheit abhängig zu machen.

Als Voraussetzung für die Laufzeitverlängerung der bereits abgeschriebenen Kernkraftwerke verpflichten sich die Betreiber derselben in einem Umweltpakt dazu, jährlich die Hälfte der durch längerte Laufzeiten ermöglichten Produktionskostensparnisse, mindestens aber 25 Mio € je Gigawatt Nennleistung, in einen unabhängigen Fonds für Entwicklung erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz, Entwicklung neuer Netz- und Speichertechnologien sowie effizienten Ausbau der Übertragungsnetze einzuzahlen. Unter Berücksichtigung des verbleibenden Anteils an Investitionersparnis ist ein „Kernkraft-Tarif“ für Endkunden mit an den tatsächlichen Produktionskosten orientierten Preisen einzuführen. Die Bundesnetzeagentur soll beauftragt werden, die korrekte Umsetzung dieser Regelungen zu überwachen

**Begründung:**

Steigende Energiekosten werden zunehmend zur Belastung für Unternehmen und Bürger. Diese sind unter anderem durch die Steigerung des globalen Energiebedarfs und die zunehmende Verknappung der Rohstoffvorräte der Erde bedingt. Zudem sind Abhängigkeiten von den Förderländern der Rohstoffe von hohem politischem Risiko. Das langfristige Ziel muss selbstverständlich ein Umstieg auf bezahlbare regenerative Energie sein. Weiterhin steht auch ein Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland gegenwärtig nicht zur Diskussion.

Die deutschen Kernkraftwerke sind weltweit führend in ihrer technischen Sicherheit und der gelebten Sicherheitskultur. Sie liefern einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung in Deutschland und der hier ansässigen Industrie mit preisgünstigem und klimafreundlichem Strom. Unter Berücksichtigung der zuoberst genannten Gesichtspunkte ist daher eine politisch erzwungene, vorzeitige Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke unverantwortlich. Die Nutzung der Kernenergie muss in jedem Kraftwerk wieder auf die längst mögliche, technisch sichere und ökonomisch vertretbare Dauer ausgeweitet werden. Angesichts der öffentlichen Diskussion in Deutschland um die friedliche Nutzung der Kernkraft zur Energiezeugung ist es notwendig die Öffentlichkeit an der Wertschöpfung der Kernkraftwerke direkt zu beteiligen. Dies soll durch die nachfolgenden zwei Punkte gefördert werden:

1. Jedes Energieversorgungsunternehmen, das Anteile an Kernkraftwerken besitzt, wird verpflichtet, einen „Kernkraft-Tarif“ für private Haushalte anzubieten. Dadurch wird jeder Bürger vor eine Entscheidung gestellt, in der er sich konkret für die Kernenergie und den Vorteil eines günstigeren Strompreises oder unter Inkaufnahme höherer Kosten dagegen entscheiden und positionieren muss. Zur Berechnung dieses Stromtarifs werden als Grundlage die durchschnittlichen Stromerzeugungskosten aller deutschen Kernkraftwerke herangezogen. Die Bundesnetzagentur ist die kompetente Behörde zur Überprüfung der korrekten Preisbildung.
2. Nicht nur die Nutzung, sondern auch die Bezahlbarkeit von regenerativen Energien muss langfristiges Ziel politischer Anstrengungen sein. Dafür ist die Erforschung effizienterer Methoden zur Erzeugung und Speicherung umweltfreundlicherer und trotzdem zuverlässiger Energien notwendig. Neben den bereits etablierten Öko-Strom-Verfahren sollen dabei aber auch insbesondere andere, viel versprechende Ansätze wie Geothermie oder dezentrale Wasserstoffherzeugung und -nutzung einbezogen werden.

Zur Unterstützung der Forschung, sollen die Betreiber der Kernkraftwerke verpflichtet werden, jährlich ein Prozent der Abschreibungssumme in einen zentralen Fond zur Förderung der erneuerbaren Energiequellen einzuzahlen. Diese Kosten können von den Energieerzeugungsunternehmen in die Kostenberechnung der Stromerzeugungskosten einbezogen werden.

Als positiver Nebeneffekt wird das Know-How zur Errichtung von Kernkraftwerken im Ausland und zur Wartung/Aufrüstung im In- und Ausland bewahrt.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. I 01</p> <p><b>Antrag zum Erhalt der vierjährigen Grundschulzeit</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union Kreisverband Rosenheim-Land, Florian Ludwig</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Die bewährte Dreigliedrigkeit des bayerischen Schulsystems muss erhalten werden und daher die gemeinsame Grundschulzeit bei 4 Jahren verbleiben.

**Begründung:**

Nur durch ein achtjähriges Gymnasium und eine sechstufige Realschule ist das hohe Niveau der bayerischen Schulabschlüsse erhaltbar.

Die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit ist der Einstieg in eine Gesamtschule, welche die JU Bayern aus bekannten Gründen ablehnt.

Verschiedene Vergleichsstudien, etwa die Elementstudie, zeigen, dass in zwei zusätzlichen gemeinsamen Schuljahren die Schüler gegenüber den Schülern im gegliederten Schulsystem 1,5 Schuljahre verlieren.

<b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b>	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an
ANTRAG NR. I 02	Landesausschuss  <input type="checkbox"/> Änderung:
ANTRAGSTELLER: <b>Junge Union Kreisverband Günzburg</b>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Bayern möge im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten darauf hinarbeiten,
- 2 dass der Satzung der Christlich-Sozialen Union an § 22 ein neuer Abs. 3 angefügt wird.
- 3 Dieser lautet:
- 4
- 5 „Der Parteivorsitzende wird durch die Mitglieder der CSU gewählt.“

**Begründung:**

Vielfach hat sich die CSU in den letzten Jahren in Machtkämpfe verstrickt, die von wenigen einflussreichen Personen in Hinterzimmern ausgetragen wurden. Die einzelnen Mitglieder wurden lediglich dazu gebraucht, die dort getroffenen Entscheidungen auf dem Parteitag abzunicken. Dabei zeigt sich, dass die getroffenen Entscheidungen oft nicht dem Willen der Mitglieder entsprachen. Das repräsentative System durch Delegierte hat sich in Bezug auf diese Personalfrage offensichtlich nicht ausreichend bewährt.

Dem soll mit dem vorliegenden Antrag abgeholfen werden. Es soll eine Direktwahl des Parteivorsitzenden durch alle Mitglieder durchgesetzt werden. So kann gewährleistet werden, dass alle Mitglieder in den Entscheidungsprozess für ihren Parteivorsitzenden eingebunden werden und aktiv an der Programmatik ihrer Partei mitarbeiten können. Gerade in der schwierigen Lage nach der Landtagswahl ist es umso wichtiger alle Mitglieder wieder enger an die CSU zu binden und ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen, das in der CSU in den letzten Jahren etwas verloren gegangen ist.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 11./12. Oktober 2008 in Gersthofen</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. N 03</p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union Kreisverband München-Südwest, Leonhard Agerer</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

- 1 **Die Junge Union Bayern setzt sich mit seinen Amts- und Mandatsträgern ein für:**
- 2
- 3 Eine gesetzliche Regelung zur dynamischen Anhebung des steuerrechtlichen
- 4 Existenzminimums in Höhe der jeweiligen Inflationsrate des Vorjahres. Die weiteren
- 5 Tarifzonen werden dementsprechend angepasst.
- 6 Dies gilt unabhängig von sonstigen – einmaligen – Erhöhungen der Freibeträge.

**Begründung:**

**Nur reale (inflationsbereinigte) Einkommenssteigerungen dürfen zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Einkommensteuerbelastung führen.**

Durch die „kalte Steuerprogression“ wird das gleiche reale Einkommen (=gleiche Kaufkraft) zu einem immer größeren Teil besteuert. Gerade im unteren Bereich der Einkommen, die zum größten Teil für die Lebenshaltung ausgegeben werden müssen, schlägt dieser Effekt besonders durch.